



## Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie der Abgeordneten des SSW

### Sicherheit für Atomkraftwerke

Drucksache 15/3273

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, in der 41. Tagung schriftlich über die Sicherheit der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein in Bezug auf eine mögliche Gefährdung durch Terrorismus zu berichten.

Hierbei soll insbesondere darauf eingegangen werden

- welche Sicherheitskriterien für die schleswig-holsteinischen Kernkraftwerke diesbezüglich relevant sind,
- welche rechtlichen Möglichkeiten die Landesregierung hat, um darauf Einfluss zu nehmen,
- welche Maßnahmen die Landesregierung gegebenenfalls bisher ergriffen hat, um insbesondere das Kernkraftwerk Brunsbüttel zu sichern und
- welche Maßnahmen die Landesregierung gegebenenfalls ergreifen wird, um insbesondere das Kernkraftwerk Brunsbüttel zu sichern.

#### Begründung:

Der Präsident des Strahlenschutzamtes, Wolfram König, hat erklärt, dass fünf ältere Kernkraftwerke, darunter auch Brunsbüttel, vorzeitig vom Netz genommen werden sollten, da sie am schlechtesten gegen Terrorangriffe mit Passagierflugzeugen geschützt sind.

Längerfristig wird sich dies Gefahrenpotenzial dadurch verringern, dass Deutschland den Atomausstieg beschlossen hat und deshalb die Atomkraftwerke vom Netz genommen werden. Da einige ältere Meiler diesem Gefahrenpotenzial in besonderem Maße derzeit nicht standhalten, ist ein vorzeitiges Abschalten dieser Meiler unablässig. Nach dem Atomgesetz könnte die Reststrommenge dieser älteren Meiler auf andere Kraftwerke übertragen werden.

Wilhelm Malerius  
und Fraktion

Detlef Matthiessen  
und Fraktion

Lars Harms  
und die Abgeordneten des SSW